

# Neues in Kürze.

## Die nationale Aufgabe der großen Rechte.

Die „Neuesten Nachrichten“ enthält an jedem Donnerstag nachmittags, drei monatliche Belegblätter nach Bedarf beträgt 2.00 Reichsmark. Das Jahrgangs-Preis ist 120 Reichsmark, auch die Post 2.10 Reichsmark. In 20 Pfennige Belegblätter. Jedes der Jahrgangs-Nummern: Jede vier wöchentlich. Die Jahrgänge werden nach Jahreszeiten berechnet, die Zeit 0.25 Reichsmark.

### Neues in Kürze.

Drachmendarstellungen und Radiotelegramme.

Wir werden den Kampf mit geistigen Waffen führen, so lange es geht; wenn es nicht mehr geht, dann: Auf zur Offensive! (Schlußworte des Oberpräsidenten Höpfing auf der vom 22. bis 24. Mai in Anklam abgehaltenen Tagung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Dem Herrn Innenminister Geering zur besonderen Beachtung empfohlen.)

Der Reichsminister des Innern hat aus Anlaß des argentinischen Nationalfestes dem Berliner Vertreter der „United Press“ eine Rundgebung für die argentinische Presse übermitteln, in der er seine Wünsche für das Gelingen Argentinens und für die Fortdauer der deutsch-argentinischen Freundschaft ausdrückt.

In der Hauptversammlung des Deutschen Juristentages, welche Pfingstsonntag in Marienbad (Tischschloßwale) tagte, wurde eine Erörterung der Bodenreform und des Vätergesetzes politisch behandelt. Die Staatspolitik hatte nicht nur zur Hauptversammlung, sondern auch zum Begrüßungsabend Organe entsandt.

In der deutschen Stadt Rumburg in Serbien wurden am Pfingstsonntag von jugoslawischen Sozial- und Regionalvereinen scheidende Demonstrationen veranstaltet. Es beteiligten sich auch die scheidenden Sozialvereine in Jittau und Dresden mit ihren Fahnen.

In der Vollerversammlung des spanischen Wirtschaftsrates wurde einstimmig das deutsch-spanische Handelsabkommen ratifiziert.

Am Sonntagabend sind in Paris zwischen dem deutschen Botschafter v. Hoelz und dem Ministerpräsidenten Briand als Vorsitzendem der Botschaftsexekution die Noten, betreffend die Pariser Verhandlungen über Luftfahrt, ausgetauscht worden. Zugleich ist das Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich über den Luftverkehr durch den deutschen Botschafter und den französischen Ministerpräsidenten unterzeichnet worden.

Der 23. nationale Kongreß der französischen Sozialistischen Partei bei tin Clermont-Ferrand begonnen. Eine kleine ausländische sozialistische Parteien hat Vertreter entsandt. Für die deutsche Sozialdemokratische Partei war der Reichstagsabgeordnete Breitfeld erschienen.

Der Nationalverband der französischen Bergarbeiter läßt durch die Presse mitteilen, das er bei der Regierung und bei dem Zentralsozialisten Ausschuss Schritte unternommen werde, um zu erreichen, daß keine Kohlen nach England geliefert werden, solange die englischen Arbeiter ausgepeinert bleiben. Er werde sich auch mit der Zentrale der deutschen Bergarbeiter in Verbindung setzen, damit diese ebenfalls die Weiterlieferung von Kohlen nach England verhindere.

Wie die Pariser „Information“ erzählt, soll sich der Betrag, den die Bank von Frankreich als Unterpfand für die Stillung des Frankens zur Verfügung zu stellen beschließt, auf 500 Millionen Goldfranken belaufen.

Wie Haas aus Genen meldet, hat der französische Oberminister de Jouvenel das Bestehen der neuen Republik Ribbont proklamiert.

In Paris kam es zwischen italienischen Polizisten, die in Begleitung des italienischen Botschafters am Grab des unbekanntem Soldaten einen Kranz niedergelegt hatten und antiloyalistischen Italienern zum Schluß der Feier zu einem Zusammenstoß, so daß die Polizei eingeschritten mußte. Drei Antiloyalisten wurden verhaftet.

In Italien wurde das neue Gewerkschaftsgesetz angenommen. Das Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Sphäre der Politik und Selbsthilfe entzieht und genau wie privatrechtliche Streitigkeiten der ausschließlichen Zuständigkeit staatlicher Organe unterstellt. Anlaß der unüberhörbaren Bedeutung, die ein solcher Erfolg für die staatliche Lösung des Klassenkampfes für ganz Europa haben kann, haben wir auf die erste Nachricht hin einen eingehenden Bericht unseres wöchentlichen Vertreters eingestellt, den wir bereits morgen veröffentlichen zu können hoffen.

### Eisenbahnkatastrophe in München.

#### Bisher 30 Tote und 60-70 Schwerverletzte geborgen.

Am Montagabend fuhr ein aus der Richtung Rosenheim nach München verkehrender Personenzug auf der Station Oshahnhof auf einen dort haltenden anderen Personenzug aufeinander, wodurch Überfahren des Signals von hinten aus, so daß mehrere Personenzüge des vor ihm stehenden Personenzuges beschädigt wurden.

Bisher wurden 30 Tote und 60 bis 70 Schwerverletzte festgestellt. Genaue Zahlen und die Namen der Toten und Verletzten lassen sich erst nach Beendigung der Aufräumarbeiten angeben.

Die Münchener „Neuesten Nachrichten“ bringen noch folgende Einzelheiten: Die Unglücksstelle bietet einen entsetzlichen Anblick. Bei dem heftigsten Personenzug aus Berchtesgaden, auf den der Zug aus Rosenheim aufgefahren ist, sind von den zwei letzten Wagen nur noch unerkennbare Trümmer vorhanden. Die Verletzten und Toten müssen zum Teil aus den Wagen herausgehoben werden, teilweise werden sie durch Schweißapparate aus ihrer Lage befreit. 60 bis 70 Schwerverletzte sind bisher geborgen, dazu eine große Anzahl Leichtverletzte. Die Gesamtzahl der Opfer ist noch nicht zu übersehen.

### Reichsfrontsoldatentag in Düsseldorf.

Der 11. Sonntag brachte noch eine große Zahl von Teilnehmern zu dem Reichsfrontsoldatentag nach Düsseldorf. Die Gesamtzahl der Teilnehmer wird auf 7 000 geschätzt. Der Tage wurde eingeleitet mit einem großen Fest. Dann erfolgten Kranzniederlegungen am Schlager-Kranz, am Bergischen Hünen, am Kriegerdenkmal und am Ehrenreichshof. Die Hauptveranstaltung bildete die Jahreshaupt der neuen Faktionen von etwa 63 Ortsgruppen. Am Jahreshof erfolgte der Vorkreiswahl vor der Bundeswahl, der nach zwei Stunden in Anspruch nahm. Am Abend schloß sich die Teilnahmsfeier nach 10 Uhr. Die Veranstaltung in Düsseldorf ist ohne nennenswerte Zwischenfälle verlaufen.

Im Anschluß an den Düsseldorf Reichsfrontsoldatentag fand am Pfingstsonntag in Köln eine Rundgebung der Teilnehmer des Reichsfrontsoldatentages statt, die ohne Zwischenfälle verlief.

### Die kommunistische Demonstration in Berlin.

Obwohl für die beiden Pfingstfeiertage ein großer Zutrom von Mitgliedern der kommunistischen Partei nach Berlin erfolgt ist, die auch in Umzügen durch die Stadt sich nach ihren Versammlungsorten begaben, ist es doch nirgendwo zu einer Aufspürung gekommen.

### Slowaken gegen Tschechen.

Die Bibel als Waffe im Freiheitskampf. Der bekannte Vorkämpfer für die Unabhängigkeit der Slowaken in der Tischschloßwale, Vater Buda, hat die Bibel in slowakische Sprache übersetzt und reißt nach Amerika, um dort 10 000 Stück à 10 Dollar abzugeben. Die Einnahmen will er der slowakischen Volkspartei zuführen. Die Tschechen sind in Erinnerung an die Bedrohung der kaiserlichen Bibelüberlieferung für die Entwidlung des slowakischen Nationalbewußtseins durch die slowakische Bibelüberlieferung um so mehr beunruhigt, als gleichzeitig die Slowaken ihre Teilnahme an der von der tschechischen Regierung geplanten Pöblier vermeiden, wenn die Regierung nicht auch an den tschechischen Kirchenscheitern der Slowaken teilnehmen will. Bei den bisherigen scharfen Konfliktstellen der tschechischen Regierung kommt diese durch eine solche Bedingung der Slowaken in größte Schwierigkeiten. Das Ganze ist wieder ein Zeichen, auf wie ungeschickten Füßen der durch die Entente künstlich geschaffene und von Frankreich zu janzarischer Unterdrückung der Winterferien getriebene tschechische Staat ruht.

### Diktatur in Polen.

Sondervollmachten für den polnischen Staatspräsidenten. Die polnische Regierung gab in einer Konferenz der Präzidenten eine Erklärung ab, nach der eingehende Sondervollmachten für den am 31. Mai zu wählenden Staatspräsidenten gefordert werden. Die Regierung muß auf Grund der öffentlichen Meinung die „seltige“ Auflösung des Parlamentes aussprechen und die Übergangszeit regeln.

Unabhängig davon, ob diese Verfassungsänderung noch vom letzten oder erst vom künftigen Landtage beschlossen wird, müssen in einzelnen Bestimmungen die wichtigsten Mängel der

Gehegung in der Verwaltung, des wirtschaftlichen und sozialen Lebens vorweg genommen werden. Da es unmöglich sei, diese Beschlüsse von dem jetzigen Landtag herbeiführen zu lassen, sei es unauflösbar, dem Präsidenten der Republik für die Zwischenzeit bestimmte Sondervollmachten zu erteilen.

Im jetzigen Landtag haben die Rechtsparlamentarier die Mehrheit, die bei jedem ersten Staatsrecht wird diese Mehrheit zunächst durch diktatorische Maßnahmen ausgeschaltet und dann durch eine Terrorwahl dauernd unsicherlich zu machen gesucht.

Die polnische Nationalversammlung ist auf den 31. Mai nach Warschau einberufen. Włodyka hat sich mit seiner Wahl zum Staatspräsidenten einverstanden erklärt. Amerikanische Präzidenten weisen auf die ernste Gefahr eines russischen Einfalls in Polen und auf französische Hilfsleistungen auf den Weg durch Deutschland hin.

### Abd el Krims Ende?

Nach einer Hausumweltung aus Fez wurde dem Generalgouverneur Sieeg ein Brief Abd el Krims überbracht. Wie amtlich in Paris verlautet, wird der auf heute vormittag abzureisende Ministerpräsident sich mit der Mitteilung Abd el Krims beschäftigen. Die französischen Truppen haben anscheinend weitere Erfolge erzielt.

Nach einer Hausumweltung aus Mexiko fand dort Gerüchte im Umlauf, daß Abd el Krim von seinen eigenen Anhängern gefangen gefügt worden sei.

Wie die „Chicago Tribune“ aus Tanger berichtet, hat Abd el Krim in die Führer der ihm treuen Stämme eine Rundgebung gerichtet, in der er erklärt, die Hilfsquellen der Kriemite im Kampf gegen die Franzosen und Spanier seien dem Verfliegen nahe. Er solle es ihnen frei, sich nunmehr den Franzosen und Spaniern zu unterwerfen oder mit ihm bis auf den letzten Mann zu kämpfen.

Abd el Krim habe seine Truppen und Proviant in die unzugängliche Gegend des Hsgebek Samman geschickt, wo er seinen letzten Widerstand leisten wolle.

Der spanische Generalstab soll der Meinung sein, daß mehrere Monate nötig sein würden, um Abd el Krim aus dieser Stellung zu vertreiben.

Bei einer Verammlung der Radikalfraktion in der Oststadt Szarapazona (Jugoslawien) vertrat die Polizei einen 23jährigen kaufmännischen Angestellten namens Slavo Mitilich aus Kusaib in dem Augenblick, als er eine Bombe auf Stefan Radilich, den tabakalen kroatischen Bauernführer, werfen wollte. Mitilich, der einer nationalpolitischen Organisation angehört, erklärte, aus politischen Beweggründen gehandelt zu haben.

Gemäß den Wahlberichten der Jagulisten wurden in Zagreb bisher gewählt 142 Jagulisten, 21 Liberale, 4 Nationalisten, 2 Unabhängige. 43 Wahlzirkulate haben aus. Insgesamt ist es ein Sieg der Engländer, wenn auch Jagul Welsch der gemäßigteren Richtung der Nationalisten angeht.

Einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Peking zufolge haben die ausländischen Delegierten auf der sinesischen Zollkonferenz unter sich ein Abkommen über die Anwendung der Aufzüge unter dem Washingtoner Abkommen fertiggestellt. Dieses Abkommen soll der sinesischen Regierung demnächst vorgelegt werden.

### Die nationalen Aufgaben der großen Rechte.

Von Dr. Georg Wilhelm Schiele-Raumburg.

Parteien sind nicht Selbstzweck. Parteien sind Willensorgane der Nation zur Ausführung ihrer Aufgaben. Es kommt nicht darauf an, daß die Parteien leben, sondern daß die Nation in Kraft fortlebe. Wenn große Aufgaben vorliegen für die Erhaltung des Volkes und des Staates, so müssen die Parteien diese Berufung annehmen. Wenn die Kraft einzelner Parteien nicht ausreicht, so müssen sie sich zusammenschließen und mit dem Vertreter der Begeisterung ans Werk gehen. Wenn sie das nicht tun, so werden sie verworfen und vernichtet werden, denn das notwendige Werk muß getan werden.

Was ist es das nationale Werk? Es teilt sich in vier Teile: Staatsreform, Wirtschaftsreform, Sozialreform, und auf dieser Grundlage Außenpolitik. Alle vier stehen in einem unauflösbaren Zusammenhang und in einer zeitlichen Rangordnung. Wirtschaftsreform ist die Voraussetzung für Sozialreform. Wirtschaftsreform wiederum ist unmöglich ohne vorhergehende Staatsreform. Staatsreform ist das Erste und Wichtigste. Wirtschaftspolitisch ist erst hinter diesem allem möglich. Wir müssen erst wieder eine Staatsregierung haben, welche imstande ist, einen ganzen Willen lang zu wollen, große Pläne zu fassen und sie auszuführen. Das gegenwärtige Regierungssystem des übertriebenen Parlamentarismus der unvernünftigen Demokratie ist dazu nicht imstande. Die Nation muß erst in Form von wehrer und „vernünftiger Demokratie“ sich ein wirksames Willensorgan zu schaffen jüden.

Bismarck sagte einst von der russischen Berufung, sie sei „Schlüsselismus, gemildert über „Reichstuch“. Von unterer jenseitig Berufung kann man sagen, sie ist: — „Massenherrschafft, gemildert durch „Bankrott“. Massenherrschafft ist schlimm; denn die Masse ist für sich selbst der unvernünftige Despot, den es geben kann. Massenherrschafft ist die Selbstzerstörung der Demokratie. Noch schlimmer aber ist, daß diese Art Demokratie so leicht zum Schein wird, zum Vorhang, hinter dem sich eine „Schlüsselherrschafft“ der Schwächlinge erhebt, welche die verloren gegangene Souveränität des Staates aufzuheben und für sich auszunutzen sucht.

Vor dem Kriege hatte das Deutsche Reich in der Bismarckischen Verfassung die Dreiform politischer Herrschafft: Volkshaus — Staatenhaus — Kaiserium. Die eigentliche Souveränität war beim Staatenhaus (Bundesrat). Die vererblichen „Regierung“ hatten die Reichsregierung vollzogen; — sie hatten nach der Idee der Bismarckischen Verfassung das Kaiserium und das Volkshaus geschaffen. Diese Dreiform wiederholt sich auch in der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika, ferner in der englischen Verfassung und in jeder anderen modernen Verfassung. Jede vernünftige Verfassung stellt ein Gleichgewicht dar zwischen Demokratie und Monarchie oder Aristokratie, wodurch der Staat erhalten wird.

Ueber die Notwendigkeit der absoluten Monarchie sind wir schon fünf hundert Jahren hinausgemacht. Ein großes Volk muß das stolze Recht haben, sich selbst einen regierenden Willen geben zu können. Aber es geschieht das so gut wie nie in der Form, daß die Masse des Volkes direkt mitentscheidet ist. Es sind nur schwebende Gestalten, welche die Massenherrschafft über sich erhebt und wieder verfliegt. Massenherrschafft gerät der Staat; — darum die Gegenstände, welche in der Bismarckischen Verfassung noch vorhanden waren.

Das Fortleben eines Staates ist nicht vom Wohlstand der Bevölkerung abhängig, sondern vom Geist der Bevölkerung. In der nachbismarckischen Zeit rückt der Schwund der Staatsmacht immer mehr hinter in der Reichstag. Der Geist dieses Haules wurde immer demokratischer. — Der Einfluß der Massenparteien immer stärker.

Vielleicht scheint man das Bild noch richtiger, wenn man hinzuzügt, daß zunächst das Zeitalter Wilhelms II. nach außen mehr ein plutokratisches „Geist“ zeigte, als ein demokratischer. Doch war dies „Geist“ nur die „Masse“ hinter der die Demokratie der „Unvernünftigen“ vorbereitet wurde. Das Ende ist das, was wir erleben: die Ausbeutung des Staates und der Massen zugleich. Aus elementarem Machtinstinkt ist die Macht des Geldes immer der Gegner der alten aristokratischen Mächte, z. B. der Dynastie und jedes noch bestehenden Restes von Aristokratie.

